



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Melanie Mellinghaus
Telefon:	02104/99-2102
Fax:	02104/99-5133
E-Mail:	melanie.mellinghaus@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 31.05.2017

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 15.05.2017, 15:00 Uhr

Sitzungsort Jobcenter ME-aktiv, Marie-Curie-Str. 1-5, 40822 Mettmann, Besprechungsraum

Anwesend waren:

Vorsitz

Elke Thiele

Mitglieder

Torsten Cleve
Wolfgang Diedrich
Sandra Ernst
Michael Esser
Karl-Heinz Göbel
Martina Hannewald
Dirk Kapell
Max Kompalik
Ilona Küchler
Gerd Lungen
Annette Mick-Teubler
Martina Reuter
Sybille Schettgen
Stephan Schnitzler
Norbert Schreier
Margret Stolz
Renate Theis

Verwaltung

Frank Albers
Marion Bayan
Denis Heimann
Kathrin Nurk

Britta Röschmann

Gäste

Franz Heuel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstatter für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.03.2017
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
5. Trilaterale Zielvereinbarung 50/017/2017
6. Kartellrechtliches Verfahren mit Auswirkungen auf SGB II und SGB XII Kunden in Monheim und Erkrath 50/016/2017
7. SGB V - Einsparung von Krankenhilfenaufwendungen für den Kreis Mettmann 50/013/2017
8. Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann 50/020/2017
9. Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2015 und 2016 50/018/2017
10. Förderaufruf zur Unterstützung der Integration von Zuwanderern aus EU-Südosteuropa 50/019/2017
11. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung
13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Sie heißt insbesondere Herrn Franz Heuel, der seit dem 1.5.2017 neuer Geschäftsführer des Jobcenters ME-aktiv ist und Frau Eva-Maria Düring, die neue Bereichsleiterin des SKFM Mettmann e.V. und Nachfolgerin von Rita Rüttger, willkommen.

Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ein Berichtersteller für den Kreistag ist nicht zu benennen.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.03.2017

Die Niederschrift vom 06.03.2017 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

1. Sachstand Aufarbeitung Schäden A2LL

Frau Bayan knüpft an die Berichterstattung im Rechnungsprüfungsausschuss im vergangenen Jahr an und berichtet über die Schadensaufarbeitung A2LL im Jahr 2016. Der Verzicht auf die Einrede der Verjährung für Ansprüche aus dem Jahr 2012 wurde in gegenseitigem Einvernehmen mit der Bundesagentur für Arbeit um zwei Monate auf den 31.07.2017 verlängert. Der Kreis hat seine Rechtsauffassung zur Verjährung von Ansprüchen vor 2012 gefestigt. Mit Blick auf den Kenntniszeitpunkt über die A2LL-Problematik kommt es auf die Frage, von welcher Verjährungsfrist auszugehen ist, nicht an. Eine wechselseitige Geltendmachung scheidet aus. Die Aufarbeitung der Jahre ab 2013 wird abschließend nach dem Vorliegen sämtlicher Prüfergebnisse des Jobcenters unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten, wie etwa dem Personaleinsatz bewertet.

Der Sozialausschuss wird über das Ergebnis der weiteren Aufarbeitung informiert.

Auf Nachfrage von KA Schettgen erläutert Frau Bayan, dass die Schadenshöhe bei den verschiedenen kommunalen Trägern sehr unterschiedlich ist.

2. Auswirkungen aus dem Pflegestärkungsgesetz

Frau Bayan berichtet, dass in der Sitzung des Sozialausschusses vom 17.11.2016 eine Sachstandsinformation über die finanziellen Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetze zugesichert wurde. Da die Zahlen bis April 2017 nicht aussagekräftig sind, können belastbare Auswirkungen noch nicht dargestellt werden.

Gründe hierfür sind zum einen der hohe Bearbeitungsrückstand im Bereich „Hilfen in Einrichtungen“ verbunden mit einer hohen Anzahl Neuanträge in 2017, die noch nicht bearbeitet sind, zum anderen liegen im neu geschaffenen Bereich des Entlastungsbetrages (ambulante Hilfen zur Pflege) noch keine Bewilligungen vor.

Alle zum 01.01.2017 laufenden Leistungsfälle wurden auf den nächsthöheren Pflegegrad umgestellt.

Das Finanzcontrolling aus dem ersten Quartal 2017 liegt bei einer Ausgabequote vom Haushaltsansatz von ca. 20%, dies ist im Vergleich zu den Vorjahren eine ähnliche Quote. Die Auswirkungen des PSG II werden sich belastbarer erst mit dem 2. Finanzcontrolling im 2. Halbjahr ermitteln lassen.

Die Verwaltung wird den Sozialausschuss entsprechend informieren.

3. Nachbetrachtung Integrationskonferenz am 05.05.2017

Frau Bayan berichtet, dass an der diesjährigen Integrationskonferenz zum Thema „Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten – Spagat zwischen gutem Gelingen und lehrreichem Scheitern“ rund 180 Personen aus dem Integrations- und Flüchtlingsbereich, der Politik (u.a. Michaela Noll), ansässigen Unternehmen im Kreis Mettmann und den Kammern teilnahmen. Festgestellt wurde, dass eine Erleichterung bei den Zugangsvoraussetzungen hilfreich wäre, um vielen zugewanderten oder geflüchteten Menschen den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Der schnelle Erwerb der deutschen Sprache ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Zugangsschlüssel für eine gelingende Integration und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wichtig ist zudem die Öffnung der schulischen Bildung für Personen über 18 Jahre sowie funktionierende Netzwerke, die Angebote bündeln und bedarfsorientiert ausrichten.

Die Pressemitteilung der Integrationskonferenz ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

4. Nachbetrachtung der Auftaktveranstaltung zum Projekt „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ vom 09.05.2017

Frau Bayan berichtet, dass an der Auftaktveranstaltung rund 60 Personen teilnahmen. Zunächst wurde im Rahmen der Begrüßung die gesellschaftspolitische Begründung für die Beantragung der Projektmittel beim Land erläutert. Anschließend referierte Herr Seidel (MFKJKS) über die aktuelle Lage und die Maßnahmen des Landes. In einem letzten Kurzreferat wurden die zentralen Elemente der Projektarbeit des Kreises vorgestellt. Es wurden sehr viele konstruktive und wichtige Beiträge für die Projektarbeit erarbeitet. Zu den Personen die in die Projektarbeit entweder punktuell oder kontinuierlich einbezogen werden sollten, gab es viele neue, wichtige Hinweise so u.a.: Jugendräte, Opferberatungen, Gewerkschaften, Zeitzeugen (z.B. Solinger Anschläge), Politiker, Geflüchtete u.v.m. Erwartungen an ein erfolgreiches Konzept wurden ebenfalls diskutiert, z.B. eine Opferberatung/ Antidiskriminierungsstelle im Kreis Mettmann einrichten, Transparenz in den Behörden schaffen, Ansprechpartner in allen Städten benennen sowie Qualifizierungen dauerhaft zu implementieren.

Die ersten Regionalkonferenzen sollen im Juli in Erkrath (genauer Termin steht noch nicht fest) und Langenfeld (6.7.) durchgeführt werden.

Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv

Herr Heuel erläutert das Datenblatt.

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit drei Jahren gleich hoch. Dies sei sehr bemerkenswert, da die Anzahl Geflüchteter kompensiert wurde.

KA Kuchler merkt an, dass aktuellere Zahlen gewünscht werden. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im April sei um 400 angestiegen.

Herr Heuel sagt dies für die Zukunft zu und fährt fort, dass die Zielvereinbarung 2017 vorsieht, dass die Kosten der Unterkunft (ohne Flucht) maximal 97 Millionen Euro betragen sollen. Dies ist auch in der Zielvereinbarung zwischen Kreis, Bundesagentur und Jobcenter festgelegt (vgl. TOP 5). Es ist eine hohe Hürde, diese Zahl nicht zu übersteigen, da bereits in den ersten vier Monaten 33,47 Millionen Euro ausgegeben wurden.

Bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gab es eine Steigerung von 0,25 % (ohne Geflüchtete). Die Anzahl der ausländischen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist von Januar auf Mai um 570 Personen gestiegen, die Jahresprognose von 830 Personen ist niedrig ange-

setzt. Herr Heuel erwartet hier eine höhere Zahl, da die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) beschleunigt wurden.

Er fährt fort, dass Personen unter 25 Jahren über die berufliche Qualifikation, Praktika und dem gestiegenen Bedarf an Fachkräften im Handwerk Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 5,4% unter dem NRW-Durchschnitt.

KA Schnitzler merkt an, dass die Grafik der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter drei Jahren nicht mit den darunter stehenden Zahlen zusammenpasst. Eine aktualisierte Grafik ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Herr Heuel berichtet, dass es für Langzeitleistungsbezieher viele unterschiedliche Programme gibt. Die Gründe für den Langzeitleistungsbezug sind sehr vielfältig, bei vielen Beziehern liegen psychische Probleme vor. Zudem sind rund 2/3 der Menschen ohne Qualifikation. Problematisch ist dies, da die Anzahl der Helfertätigkeiten abnimmt und zukünftig weiterhin rückläufig sein wird.

Herr Heuel berichtet, dass Frau Nahles beim Tag der Jobcenter den Wiedereinstieg in öffentlich geförderte Beschäftigung ankündigte. Das bundesweite Ziel sind 100.000 Beschäftigungsmöglichkeiten; ein Benehmen mit dem Finanzministerium gibt es bisher nicht.

SE Esser ergänzt, dass die rund 400 Beschäftigungsmöglichkeiten im Kreis Mettmann um 30% zurückgegangen sind.

Herr Heuel antwortet, dass der Bundeshaushalt aktuell die Finanzierung nicht deckt und das Ziel, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, weiter angestrebt wird.

Herr Heuel fährt fort, dass die Integration in den Arbeitsmarkt nachhaltig und bedarfsdeckend sein sollte. Der derzeitige Mindestlohn reicht meistens nicht aus, um aus dem Leistungsbezug heraus zu kommen. Die Qualifikation ist wichtig und die Motivation zu weiterbildenden Angeboten schwer.

Herr Heuel berichtet, dass 2.564 Geflüchtete im System seien. Die Entwicklung ist auf Grund der Wohnsitzauflage schwer abschätzbar. 2/3 der im Kreis lebenden Geflüchteten sind Syrer, die oft gut qualifiziert und hoch motiviert sind.

SB Ernst fragt, wie die Geschlechterrelation der 250 vermittelten Geflüchteten sei.

Herr Heuel antwortet, dass ihm dazu keine Zahlen vorliegen. Dieses Jahr seien 60-70 Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integriert wurden, eine größere Anzahl befindet sich in Maßnahmen. Geflüchtete Frauen stehen jedoch oft im Hintergrund. Die Frage nach der Integration von geflüchteten Frauen soll im nächsten Sozialausschuss erneut aufgegriffen werden.

KA Hannewald erkundigt sich nach der Geschlechterverteilung von nigerianischen Zuwanderern.

Herr Heuel erklärt, dass nur 15 Personen aus Nigeria Kunden im Jobcenter ME-aktiv sind. Daher sei der Wert nicht repräsentativ.

KA Kuchler berichtet, dass bisher auch immer Informationen zur Mitarbeiterstruktur gegeben wurden. Sie erkundigt sich, wie viele Mitarbeiter im Widerspruchsbereich beschäftigt sind.

Herr Heuel sagt zu, diese Informationen für den nächsten Sozialausschuss wieder vorzusehen. Gegenwärtig könne er noch keine Aussagen zu der Mitarbeiterstruktur geben.

Herr Heuel berichtet von einem hohen Befristungsanteil im Jobcenter ME-aktiv der 25% beträgt. Der NRW-Durchschnittswert liegt bei 10-12%.

Frau Bayan ergänzt, dass die Befristung beim Jobcenter ME-aktiv auch deshalb im Vergleich zum NRW-Durchschnittswert hoch sei, da der Kreis befristet Personal einstellt, wenn bisher durch städtisches Personal besetzte Stellen von den ka Städten nicht nachbesetzt werden und von der BA keine Stellen zur Verfügung stehen.

Herr Heuel berichtet zudem positiv von der Integrationskonferenz des Kreises Mettmann und dem Tag der Jobcenter in Berlin.

Zu Punkt 5: Trilaterale Zielvereinbarung - Vorlage Nr. 50/017/2017

Frau Bayan erläutert die Vorlage. Zudem wurde eine aktualisierte Tischvorlage verteilt.

Es ergeben sich geringe Abweichungen im Bereich Bildung und Teilhabe. Hier sollen in Abstimmung aller Beteiligten (Jobcenter, Kreis, ka Städte) einheitliche Rahmenbedingungen für Eignung und Anbieterauswahl der Anbieter von Lernförderung erarbeitet sowie eine Anbieterdatenbank erstellt werden. Da das Jobcenter nur als Partner fungiert, erfolgte eine Umformulierung in „Mitwirkung in einer Projektgruppe“. Im Bereich Evaluations- und Controllingmöglichkeiten für kommunale Leistungen erfolgte ebenfalls eine Änderung, da nach Wegfall der Profillagen die Integrationsfachkräfte nach Abschluss einer Maßnahme nur noch eine Prognose in „marktnah“ und „marktfern“ vornehmen. Eine kleinteilige Zielerreichung wie es bei den Profillagen der Fall war, kann systemseitig nicht mehr abgebildet werden. Das Jobcenter ME-aktiv sieht mit den vorhandenen Systemen daher aktuell keine Evaluations- und Controllingmöglichkeit. Die Entwicklung wird unterjährig betrachtet und auf der Arbeitsebene abgestimmt.

KA Schnitzler hat dem lokalen Planungsdokument des Jobcenters (Seite 12) entnommen, dass die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit ein wichtiger Schwerpunkt im Jobcenter sein wird. Erfreulich sei zudem, dass sich der Betreuungsschlüssel verbessert.

Auf Hinweis von KA Schnitzler wird von Herrn Heuel ergänzt, dass im letzten Satz zum Thema Jugendarbeitslosigkeit das Wort „geführt“ fehlt. Herr Heuel führt zudem aus, dass das Jobcenter mit den ka Städten im Sinn einer Jugendberufsagentur zusammenarbeite. Diese Zusammenarbeit ist für den Erfolg der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit der Garant für Erfolg.

Auf Bitte von KA Schnitzler soll das Thema in der Sozialausschusssitzung im September mit einem aktuellen Sachstand betrachtet werden.

KA Schnitzler fragt zudem nach, was unter dem Begriff „Kapazitätsentzügen“ (S. 16) zu verstehen ist.

Herr Heuel erläutert dass z.B. Verluste von Mitarbeiterkapazitäten im Bereich der Sachbearbeitung durch die Schulungen im Bereich der E-Akte unter diesen Begriff fallen.

KA Kuchler fragt an, ob Velbert zum Thema Jugend kooperiert und bittet um eine Information sofern sich Probleme bei der Zusammenarbeit mit den Städten ergeben.

Anschließend bezieht sie sich auf die Einarbeitung des Personals (S. 4) und fragt, was konkret 2017 besser ist als 2016. Sie merkt an, dass unter den Beschäftigungsmöglichkeiten die Bereiche Handwerk, Bau sowie Garten- und Landschaftsbau nicht mehr aufgeführt werden und betont, dass die Situation hier schwieriger wird. Zudem ist der Bereich „Metall“ als Ausbildung nicht mehr aufgeführt.

Herr Heuel antwortet, dass eine Veränderung in den Branchen stattfand und die Nichtnennungen das Ergebnis von Engpassanalysen seien.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6:	Kartellrechtliches Verfahren mit Auswirkungen auf SGB II und SGB XII Kunden in Monheim und Erkrath - Vorlage Nr. 50/016/2017
--------------------	---

Frau Bayan erläutert die Vorlage. Ein Problem stellen Personen, die nicht mehr im Leistungsbezug sind, dar. Herr Heimann ergänzt, dass der Ausgleich an die heutigen Bewohner ausgezahlt wird.

KA Kuchler bemängelt, dass Heizkosten nur soweit sie der Höhe nach angemessen sind bezahlt werden. Viele Kunden des Jobcenters mussten ein Darlehen aufnehmen, welches aus dem Regelbedarf zurückgezahlt wird.

Herr Heimann antwortet, dass eine Jahresendabrechnung vorgelegt wird und die Entscheidung vom Einzelfall abhängt.

SB Ernst fragt, wie viele Wohneinheiten betroffen sind.

Herr Heimann sagt, dass dies noch nicht in Erfahrung gebracht werden konnte.

KA Hannewald erkundigt sich, wie viele Personen nicht mehr in den betroffenen Wohnungen leben und wie viele neu eingezogen sind.

Frau Bayan antwortet, dass hierüber keine Zahlen vorliegen. Die Ermittlung über die Einwohnermeldeämter sei schwierig bis unmöglich.

KA Schnitzler sagt, dass die Länge der Wohndauer bei Leistungsbeziehern irrelevant sei. Schwierig sei der Fall bei Personen, die weggezogen und nicht mehr im Bezug stehen.

KA Kuchler erkundigt sich, wie die Verrechnung erfolgt.

Herr Heimann antwortet, dass gleich hohe Anteile in den Jahresendabrechnungen für 2016 und 2017 ausgezahlt werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7:	SGB V - Einsparung von Krankenhilfaufwendungen für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/013/2017
--------------------	--

Frau Bayan erläutert die Vorlage.

KA Stolz bedankt sich für die Vorlage. Sie ergänzt, dass im präventiven Bereich eine Anschlussversicherung von Amts wegen stattfindet. Bei Bestandsfällen ist Eile auf Grund der Verfristung von Erstattungsansprüchen geboten. Es sei wichtig, die Thematik den Betreuern nahezubringen.

Die Städte sollen das Thema umsetzen. Hierfür werden Sie vom Kreis beraten.

Frau Bayan ergänzt, dass Selbstständige, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, nicht mehr in den Sozialversicherungen aufgenommen werden. Zu dem Themenkomplex sollen weiterhin Workshops angeboten werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8: Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 50/020/2017
--

Frau Bayan erläutert die Vorlage. Sie ergänzt, dass das Stalking-Tagebuch in der Fachtagung des letzten Jahres vorgestellt wurde und ausliegt. Am 27.06.2017 findet von 14-18 Uhr im Kreishaus Mettmann die nächste Fachtagung statt. Diese steht unter dem Thema „Gewaltschutz – besondere Herausforderung in der Begleitung von Flüchtlingsfrauen“. Die Einladungen werden u.a. an die Kreistagsmitglieder versendet.

KA Kuchler erkundigt sich nach der Anzahl der im Frauenhaus abgewiesenen Frauen. Hier wird angeregt, bei Bedarf zusätzliche Plätze zu schaffen.

Die Sitzung wird um 16:37 Uhr unterbrochen, damit Frau Löffler hierzu informieren kann.

Sie sichert zu, nähere Informationen zu Protokoll nachzureichen.

Die Sitzung wird um 16:42 Uhr wieder aufgenommen.

SE Esser hebt hervor, dass 74% der Opfer von häuslicher Gewalt noch mit dem Täter zusammenleben. Hier sollte nach neuen Instrumentarien gesucht werden.

Folgende Ausführungen von Frau Löffler wurden im Nachgang zu Protokoll gegeben:

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 46 Frauen wegen Überbelegung abgewiesen. Davon 6 Frauen wegen sonstiger Gründe.

Sonstige Gründe können z. B. eine Suchterkrankung, akute starke Alkoholisierung, eine behandlungsbedürftige psychische Erkrankung oder aber auch eine „Hotelsuche“ sein.

Insgesamt lässt sich jedoch erfreulich erkennen, dass abgelehnte Aufnahmen in 2017 rückläufig sind, was die Vermutung zulässt, dass das Ampelsystem der Frauenhäuser im Netz an Bekanntheit gewinnt, sodass gezielter ein freier Platz gesucht und gefunden werden kann.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9: Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2015 und 2016 - Vorlage Nr. 50/018/2017
--

Frau Bayan erläutert die Vorlage. Sie ergänzt, dass dies der erste Bericht seit Einführung des Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen (GEPA NRW) sei. Mit der Einführung wurde bereits eine Vereinheitlichung der Tätigkeitsberichte angekündigt. Der jetzt vorliegende Bericht orientiert sich nach der im März eingegangenen Strukturempfehlung. Mit der Evaluation des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) im Oktober 2014 wurden verschiedene Themenbereiche aufgegriffen, die bislang nicht von der Heimaufsicht erfasst wurden oder wieder aufgelebt sind. Nachdem in 2008 die Zuständigkeit der Heimaufsicht für die Tagespflegen entfallen ist, wurde diese im WTG in 2014 wieder aufgenommen. Neu hinzugekommen sind die Prüfungen für das Servicewohnen und die ambulanten Dienste.

Neben den Prüfungen wird sich die Heimaufsicht mit weiteren Themen befassen, wie z.B. der Einhaltung der baulichen Anforderungen und der 80%igen Einzelzimmerquote, der Eignung der Beschäftigten aber auch dem Aussprechen von Beschäftigungsverboten sowie der Überprüfung der Qualifikation der Einrichtungsleitungen. Ausgenommen sind Einrichtungsleitungen, die seit mindestens zehn Jahren beanstandungslos als Einrichtungsleitung tätig sind und die bis zum Ablauf des Jahres 2025 das Renteneintrittsalter erreichen. Dies geht aus Erlassen aus den letzten Tagen hervor.

KA Stolz ist erfreut, dass die Anzahl der Pflichtprüfungen eingehalten werden kann. Die qualitativen Weiterentwicklungen sind ein entscheidender Beitrag für die Lebensqualität. Sie fragt, ob es in einzelnen Heimen einen verstärkten Einsatz von Psychopharmaka gäbe. Sie fügt den Pflereport der AOK an, der sich mit diesem Themenkomplex befasst.

Herr Albers antwortet, dass es hierzu keine Erhebung gibt. Stichproben würden jedoch bei Auffälligkeiten ausgeweitet werden.

Frau Bayan schlägt vor, eine Auswertung der AOK-Studie im Sozialausschuss im Herbst vorzustellen.

KA Cleve erkundigt sich, ob unangekündigte Prüfungen stattfinden.

Frau Bayan bejaht dies. Alle Prüfungen sind unangekündigt.

SB Ernst bedankt sich für die Vorlage. Sie fragt nach, ob die Städte ihre Bedarfssituation der Kreisverwaltung zurückmelden.

Frau Bayan antwortet, dass dies in den Bereich der Pflegebedarfsplanung fällt. Die Städte tauschen sich regelmäßig im Rahmen der SAT über das Thema Pflegeplanung aus.

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 10: Förderaufruf zur Unterstützung der Integration von Zuwanderern aus EU-Südosteuropa - Vorlage Nr. 50/019/2017

Frau Bayan erläutert die Vorlage. Sie fügt hinzu, dass der Kreis Ende April den offiziellen Zuwendungsbescheid erhielt. Ein Weiterleitungsvertrag zwischen dem Kreis Mettmann und der Stadt Velbert, welcher in Absprache mit dem Rechtsamt gefertigt wurde, ist der Stadt Velbert sowohl als Original als auch per Mail am Freitag zugegangen. Erste Austauschgespräche und Arbeitstreffen zwischen dem Kreis Mettmann (Abteilung 50-5) und der Stadt Velbert (Sozial- und Jugendhilfeplanung) haben bereits stattgefunden und werden zukünftig regelmäßig fortgeführt werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 11: Nachträge

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:58 Uhr

gez.
Elke Thiele

gez.
Britta Röschmann